

# Dresdner Nachrichten

Segründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.  
Verlagsort: Carlstraße 23/24.  
Für die Nachdrucke: 20 071.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Umkreis bei halbjährlicher Lieferung monatlich 6,30 RM., vierteljährlich 16,30 RM., durch d. Post bei halbjährlicher Lieferung monatlich 6 RM., vierteljährlich 15 RM.  
Die 11spaltige 37 mm breite Seite 2 RM. Bei Familienabzügen, Einzelnen unter 1000 u. Wohnungswechseln, 10spaltige Seite und Verläufe 25%. Verlagsgebühren laut Tarif. Unzulässige Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:  
Carlstraße 23/24.  
Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 10 205 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schreibsätze werden nicht aufbewahrt.

**Pianos • Harmoniums • Flügel**  
Fabrikate von Weltruff  
**Stolzenberg**  
Johann-Georgen-Allee 13.

**Dauerbrand-Öfen**  
Rischen und amerikanischen Systems • Bekannte Fabrikate  
**Florian Czocher's Nachfolger Ferdinand Wiesner**  
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15.

**F. Hermann Beeg**  
Dresden-A., Falkenstraße 26  
Fernsprecher 19351 und 20461  
**Feuerverzinkerei.**

**Haarfärbemittel** farbenschon, halbdar, garantiert giftfrei **Parfümerie Paul Schwarzlose** Dresden-A., Schlobstr.-13

## Das polnische Programm für Riga.

### Keine Diskussion der litauischen und ukrainischen Frage.

Berlin, 14. Sept. Wie aus Warschau gemeldet wird, hat im polnischen Landesverteidigungsrat endlich die Nicht-Äußerung zu den Friedensverhandlungen der nach Riga abgereisten polnischen Unterhändler festgesetzt und beschlossen worden. Es wird darüber mitgeteilt, die polnische Delegation werde es unbedingt ablehnen, bei den Rigaer Verhandlungen auf die Wilnaer Frage irgendwie einzugehen, da die Lösung dieser Frage eine rein polnisch-litauische Angelegenheit sei, die Sowjet-Russland gar nichts angehe. Ebenfalls werde sich die polnische Delegation auf eine Diskussion über die Ukraine im Rahmen der polnisch-sowjetischen Friedensverhandlungen einlassen. Das die polnischen Rechtsparteien eine gemeinsame Behandlung der ukrainischen Frage mit den anderen Friedensstragern in Riga anstreben, wird als völlig aus der Luft gegriffen erklärt. Schließlich soll die polnische Abordnung auch auf Unterhandlungen über Okkupations in Riga unter keinen Umständen eingehen.

Kopenhagen, 14. Sept. Der Warschauer Berichterstatter der „Berlingske Tidende“ meldet aus gutmüthigster Quelle: Die polnische Friedensdelegation reist heute mittag über Danzig nach Riga ab. Der Leiter ist Dombit. Die Grundlagen für die Friedensverhandlungen wurden vom Verteidigungsrat angenommen, während der Stabschef Mikulski sich auf einer Fronttreife befindet. Doch er bei dieser Stellung nicht anwesend war, führt man auf die heftigen Angriffe zurück, die von den konservativen Parteien gegen ihn gerichtet werden. (W. T. B.)

### Ratifizierung des russisch-lettischen Friedensvertrages.

Kopenhagen, 14. Sept. Wie das lettische Pressebureau aus Riga erfährt, hat Russland nunmehr den Friedensvertrag zwischen Lettland und Russland ratifiziert, nachdem der Vertrag von lettischer Seite bereits am 2. September durch die lettische Nationalversammlung ratifiziert worden war. (W. T. B.)

### Keine polnischen Pogrome.

London, 14. Sept. „Daily Telegraph“ meldet, daß eine der militärischen Mitglieder der Mission Lord d'Alverton in Warschau mit Beweismaterial zurückkehrte, wo-

nach die gegen die polnische Regierung und das polnische Heer vorgetragenen Beschuldigungen, Programme verurteilt zu haben, jeder Begründung entbehren. (W. T. B.)

### Die ukrainisch-russischen Verhandlungen.

Moskau, 14. Sept. (Durch Funkdruck.) Der polnische Minister des Auswärtigen hat dem Vizekommisär Tschicherin durch Funkdruck mitgeteilt, daß Andre Tzimicki, der Vorsitzende der ukrainischen Mission in Polen, ihm vorschläge, die Friedensverhandlungen zwischen der Friedensdelegation der sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland und einer Delegation der Regierung der demokratischen Republik der Ukraine in Riga zu eröffnen.

Die rumänische Regierung hat auf den neuen Friedensvorschlag der Sowjetregierung geantwortet, daß auch sie die Herstellung friedlicher, freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rumänien und Rußland wünschenswert und in kurzer Zeit ihre Vorschläge und die Bedingungen eines Uebereinkommens mitteilen werde.

Dem Geschäftsträger Verriens in London, Schaffar-Rhon, ist mitgeteilt worden, daß man der angekündigten Ankunft des Geandten Medar-Zaltane in Moskau mit großer Genugtuung entgegenstehe. Die russische Sowjet-Regierung verleiht erneut, daß sie sich nie in die inneren Kämpfe zwischen einmischen werde.

### Neue bolschewistische Truppen.

London, 14. Sept. „Daily Herald“ meldet aus Moskau, daß 20 bis 25 irische Kampfereite Sowjetdivisionen an die rote Front abgegangen seien, um die Offensiven gegen die Polen mit allen Kräften aufzunehmen. Der Große Moskauer Rat habe in Uebereinkimmung mit der roten Generalleitung beschlossen, die Rigaer Friedensverhandlungen so lange hinauszuschieben, bis die polnischen Truppen auf polnisches Gebiet zurückgeworfen seien.

### Der polnische Seeresbericht.

Batavia, 14. Sept. Im Bereiche von Sufol erreichten unsere Truppen die Linie Arhinopol-Sofol. Westlich von Sofol haben wir noch heftigen Kämpfen den Widerstand des Feindes gebrochen und den Seebatenten-Rück überdrückt. Unsere Abteilungen besetzten Hochsachsen, Melling und Holfsee. Westlich von Sowel nahmen wir trotz heftigstem Widerstand des Feindes den Ort Wocelow. In der Gegend von Sopol und Szepank wurden wiederholte Angriffe von 5 bolschewistischen Regimenten abgewiesen und der Feind zum 11. September in Richtung auf Sopol zurückgedrängt. Die Tote in diesem Abschnitt betrug 132 Gefangene und 3 Waisensengemeinde. (W. T. B.)

### Der polnisch-litauische Waffenstillstand.

Kopenhagen, 14. Sept. Nach einer Konvokierung Meldung ist der Waffenstillstand zwischen Polen und Litauen in Kraft getreten. (W. T. B.)

### Die französische Presse über Aix-les-Bains.

Genf, 14. Sept. Aus dem sehr wertreichen Meldungen und Betrachtungen der französischen Presse über die Begegnung in Aix-les-Bains ist in erster Linie die Absicht zu erkennen, Mitterand einen neuen persönlichen Erfolg zuzuschreiben und in zweiter Linie den Eindruck zu erwecken, daß sich ein etwas schwere Atmosphäre, die während der letzten Wochen über der Genzente lag, wieder zu klären begonnen hat. Der Korrespondent eines Evoner Blattes verleiht heute, daß das Gekern an Lord George gerichtete Begrüßungstelegramm der beiden Ministerpräsidenten auf die Initiative Mitterands zurückzuführen sei.

### England und die Genfer Konferenz.

Berlin, 14. Sept. Die „D. Allg. Ztg.“ gibt unter der Überschrift: Die englische Antwort folgende Meldung des „Daily Chronicle“ wieder: Die englische Regierung hat vorgeschlagen, die Genfer Konferenz am 21. September abzuhalten und Deutschland hat den englischen Vorschlag angenommen.

### Ver schlimmerung im Befinden Deschanel's?

Berlin, 14. Sept. In dem Bescheiden des Präsidenten Deschanel ist nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Genf in der Nacht zum Freitag eine plötzliche Verschlechterung in Form eines neuen schweren Herz-Kreislauflaus eingetreten. Man redne insgedessen mit der Notwendigkeit, daß Kammer und Senat schon in aller-nächster Zeit in Versailles zusammentreten werden, um einen Nachfolger Deschanel's zu wählen.

Nach einer anderweitigen Meldung handelt es sich hier um eine Mitteilung einer neuen Pariser Nachrichtenagentur, die bisher von keiner Seite bestätigt ist. Trotdem scheint man mit der Notwendigkeit einer baldigen Auswahl des Präsidenten zu rechnen, wie aus folgender Meldung hervorgeht:

Paris, 14. Sept. Der frühere Präsident Poincaré teilte einem französischen Pressevertreter mit, er würde bei einer erneuten Neuwahl für die Präsidentschaft eine zweite Kandidatur auf keinen Fall annehmen. Mitterand soll erklärt haben, daß er nicht kandidieren werde. Dem „Petit Parisien“ zufolge wird sich Clemenceau am 22. d. M. zu einer längeren Reise nach Indien einschiffen.

### Deutschland und Holland.

Wie sehr die Kriegsgesellschaften, dieser immer noch nicht rechtlos beseitigte schwere Krebsgeschaden an unserem nationalen und wirtschaftlichen Organismus, die ruhige und gleichmäßige Entwicklung unseres Wiederaufbaues hemmen, beweist in ebenso überzeugender wie unerwünschter Art die heftige Verstimmung, die im Zusammenhang mit dem eigenartigen, nicht von Skrupeln geplagten Kriegsgesellschaftlichen Betriebe zwischen uns und Holland eingetreten ist. Der an anderer Stelle bereits kurz erwähnte Artikel des sonst gegen Deutschland sehr objektiven „Nieuwe Rotterdamse Courant“ findet in der deutschen Presse durchgängig die ihm gebührende Beachtung, und es wird verlangt, daß die Berliner Regierung sich in gründlicher Weise gegen die erdachten schweren Vorwürfe rechtfertige. Der Zwischenfall ist um so peinlicher, als er gerade ein Land betrifft, das bisher die besten Beziehungen zu uns unterhält. Die Haltung der öffentlichen Meinung in den neutralen Staaten ist überhaupt für uns von ganz besonderer Bedeutung, weil man dort noch am wenigsten Parteilichkeit aus gegenüber befindet und am ehesten gewillt ist, uns einzugestehen gerecht zu werden. Insbesondere Holland hatte uns im Kriege durch seine großzügige und eheliche Neutralitätspolitik, die Dr. Simons im Reichstage rühmend hervorhob, und später durch seine sehr und würdige Behandlung der Kaiserfrage zu aufrichtigem Danke verpflichtet, und diese Empfindung von unserer Seite wurde noch verstärkt, als eine wirtschaftlich so gut fundierte und politisch hochangesehene neutrale Macht nach dem Kriege inmitten der friedlichsten deutschen Valutastände sich herstellte, ein bedeutsames Abkommen mit uns zu treffen, das vor aller Welt einen starken Beweis des Vertrauens zu der Wiederanfertigung des deutschen Erwerbslebens lieferte. Das Abkommen besteht aus zwei Teilen. Der eine gewährt Deutschland einen Kredit von 60 Millionen Gulden zur Beschaffung von Lebensmitteln, wogegen Deutschland sich auf vier Jahre zur Lieferung von jährlich einer Million Tonnen Steinkohlen an Holland verpflichtet. Der zweite Teil des Vertrages hat einen Kredit von 110 Millionen Gulden zum Gegenstand, wofür Deutschland sich Rohstoffe beschaffen soll, und wurde erst im Juli dieses Jahres abgeschlossen, während der erste Teil bereits am 31. März in Kraft trat. Der sehr wichtige Rohstoffkredit ist ein sogenannter „revolving“, ein rollender Kredit, d. h. von dem Verkaufswert jedes aus den so beschafften Rohstoffen hergestellten Fabrikats wird eine Summe, die dem Aufwand für den Rohstoff entspricht, in den Anleihefonds zurückgeführt, so daß Handel und Industrie in Deutschland sich des dauernden Genusses dieses Kredits erfreuen können, bis die nach 10 Jahren bedingene Rückzahlung zu erfolgen hat. Die Verteilung der Zuwendungen aus dem Fonds geschieht durch eine eigene zu diesem Zweck zu gründende Treuhandgesellschaft in Berlin mit einer Zweigstelle in Holland. Als Sicherheit hinterlegt Deutschland Schuldverschreibungen.

Das letztgedachte Abkommen ist bis jetzt von der holländischen Regierung noch nicht ratifiziert worden, und als Grund für diese Verzögerung gibt der eingangs erwähnte Artikel des Rotterdamer Blattes den Mangel an Treue und Glauben auf Seiten der deutschen Regierung an; „Deutsche Treue“ ist der Artikel in ironischem Sinne überschrieben. Es sind zwei schwere Vorwürfe, die gegen das deutsche Verfahren gerichtet werden: einmal wird behauptet, daß die deutsche Regierung die Valutaverpflichtungen ohne Rücksicht auf eingegangene Verpflichtungen immer nur zu ihren Gunsten auszunutzen suche, und die Bezahlung für die gelieferten Kohlen bald in Gulden, bald in Mark verlange, nachdem es für Deutschland gerade vorteilhafter sei. Nach diesem Grunde sollte Deutschland mit seinen Kohlenlieferungen zurück, wenn Holland den unberechtigten deutschen Valutaverpflichtungen nicht genügen wolle. Sodann wird ein scharfer Angriff gegen das Gebahren der „moralisch einigleisenden Elemente“ gerichtet, „die offenbar im jetzigen Deutschland eine zu große Macht besäßen“. Mit dieser Kennzeichnung sind die Kriegsgesellschaften gemeint, und zwar im besonderen die Kriegsgesellschaft, die, mit einer Dividende von vielen hundert Prozent arbeitend, nach den Angaben des Rotterdamer Blattes im Anfang dieses Jahres 1 oder 1½ Millionen Tonnen schlechtere und teurere norwegische Heringe kaufte und dann ein Verbot der Einfuhr der viel besseren und billigeren holländischen Heringe erzwirkte, um den deutschen Verbrauchern die minderwertige Ware aufzuzwingen. Aus demselben Grunde habe man deutscherseits auch die Abnahme eines großen Postens holländischer Heringe verweigert, zu der man auf Grund des Abkommens vom 31. März verpflichtet gewesen sei.

Welchen Widerhall die von holländischer Seite erhobenen Anschuldigungen in der maßgebenden deutschen Presse finden, läßt sich aus dem Umstand ersehen, daß beispielsweise die „Allg. Ztg.“ den Artikel des Rotterdamer Blattes an hervorragender Stelle im vollen Wortlaut wiedergibt und